LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
15. Wahlperiode

Drucksache 15/3764
08. 09. 2009

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Weiner (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur

Pirmasenser Schulkonzept: Kultusministerium meldet Bedenken an – ohne Begründung

Die **Kleine Anfrage 2375** vom 13. August 2009 hat folgenden Wortlaut:

Die Presse nannte es „schlechten Stil", dass das Kultsministerium das Schulkonzept für Pirmasens ablehnt, aber nicht begründet „warum". Jetzt rätseln und spekulieren alle über die Gründe – Eltern, Lehrer und Schüler werden verunsichert, Kommunalpolitiker fühlen sich düpiert.
Ich frage die Landesregierung:

1. Ist es üblich, dass Konzepte abgelehnt werden – ohne Begründung?
2. Ist die öffentlich geäußerte Vermutung zutreffend, dass die Ablehnung erfolgte, weil die drei Gymnasien unangetastet bleiben sollen?
3. Fürchtet die Landesregierung den Wettbewerb zwischen IGS und Gymnasien?
4. Beabsichtigt die Landesregierung, durch schlechtere Personalausstattung die Gymnasien zu benachteiligen und dadurch die Elternentscheidungen in Richtung IGS zu beeinflussen?
5. Will die Landesregierung, dass Gymnasien geschlossen werden (falls ja: welches?), um die Gymnasialplätze künstlich zu verknappen, damit Schüler mit Gymnasialempfehlung in die IGS müssen?
6. Welche sonstigen Bedenken hat die Landesregierung gegen das Pirmasenser Schulkonzept?

Das **Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. September 2009 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Integrierte Gesamtschulen werden, ebenso wie Schulen der anderen Schularten, entsprechend den schulgesetzlichen Bestimmungen sowie den Vorgaben des Leitfadens „Schulstrukturentwicklung und Schulentwicklungsplanung" errichtet. Dazu können Schulträger jeweils zum 31. März Anträge auf Errichtung neuer Integrierter Gesamtschulen einreichen. Antragsschluss für neue Realschulen plus war in diesem Jahr der 31. Mai 2009, in Zukunft liegt er ebenfalls auf dem 31. März. In der kurzen Frist bis zum 9. Juli 2009 hat die Schulaufsicht die Anträge aus allen Gebietskörperschaften – 39 Anträge für Integrierte Gesamtschulen und 63 Anträge für Realschulen plus – geprüft, bewertet, entschieden und Schulträger und Schulen per elektronischem Brief informiert. Dabei wurde einzelnen Schulträgern, wie zum Beispiel den Städten Kaiserslautern, Pirmasens, Worms und Zweibrücken, die Möglichkeit einer Nachfrist bis zum 30. September 2009 mitgeteilt. Im Nachgang zu dieser Mitteilung haben alle Schulträger und Schulen, deren Anträge für das Schuljahr 2010/2011 nicht genehmigt wurden, eine eingehende Begründung für die Ablehnung erhalten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Nein. Die Stadt Pirmasens ist am Tag der Bekanntgabe der Errichtungsoptionen für Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen am 9. Juli 2009 per elektronischem Brief informiert worden, dass für das vorgelegte Gesamtkonzept zur Schulstrukturentwicklung nach den Vorgaben des Leitfadens „Schulstrukturentwicklung und Schulentwicklungsplanung" der Aufsichts- und Dienst-

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 23. September 2009

leistungsdirektion sowie den schulgesetzlichen Bestimmungen Klärungsbedarf besteht und es deshalb nicht eins zu eins umgesetzt werden kann. Mit Schreiben von 24. Juli 2009, das an die Stadt Pirmasens und nachrichtlich an die betroffenen Schulen adressiert war, wurden die Punkte benannt, in denen noch Klärungsbedarf besteht und die Möglichkeit einer Nachfrist zur Vorlage eines optimierten Konzepts eröffnet. Dabei handelt es sich um Fragen eines demografiefesten Angebots der Wege zu höheren Bildungsabschlüssen sowie um Nachfragen nach bestimmten Schulformen der Realschule plus. Zu den offenen Punkten gehört u. a., dass von Seiten der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion auch die Schulstrukturentwicklung in benachbarten Gebietskörperschaften in die Prüfung des schulischen Bedürfnisses für neue Schulangebote in Pirmasens einbezogen werden muss.

Zu den Fragen 2 und 3:

Nein. Die Landesregierung will mit der Schulstrukturreform ein demografiefestes Bildungsangebot mit einem landesweit und regional ausgewogenen Netz an Schulen der drei gleichberechtigten Schularten Realschule plus, Integrierte Gesamtschule und Gymnasium erreichen. Dabei setzen die Gymnasien als Schulen mit einem, die Realschulen plus als Schulen mit zwei und die Integrierten Gesamtschulen als Schulen mit drei Bildungsgängen den staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag in unterschiedlicher Weise um. Die Landesregierung sieht das Vorhalten unterschiedlicher pädagogischer Konzepte nicht als einen Wettstreit zwischen Schulen an, sondern als Bereicherung des Angebots und der Wahlmöglichkeiten von Eltern sowie Schülerinnen und Schülern. Deshalb hat sie für die Schuljahre 2008/2009 und 2009/2010 16 neue Integrierte Gesamtschulen errichtet, darunter eine private. Für das Schuljahr 2010/2011 wurden Optionen für weitere 17 ausgesprochen. Außerdem wurden vier neue Gymnasialangebote mit einem neunjährigen Bildungsgang geschaffen.

Zu Frage 4:

Nein. Die Personalausstattung der Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen ist in der Verwaltungsvorschrift über die Unterrichtsorganisation geregelt und seit Jahren unverändert. Die bevorstehende Neufassung dieser Verwaltungsvorschrift berücksichtigt die Ausdehnung der Stundentafel aller weiterführenden Schulen (außer den Förderschulen) um jeweils zwei Stunden in den Klassenstufe 5 und 6. Dabei ist vorgesehen, die Klassenpauschale sowohl im Gymnasium als auch in der Integrierten Gesamtschule von 25,9 auf 26,6 Lehrerwochenstunden über die Klassenstufen 5 bis 10 hinweg zu erhöhen.

Zu Frage 5:

Nein. Nach wie vor gilt, dass „die Eltern auf der Grundlage der Empfehlung der Grundschule (entscheiden), welche Schulart ihr Kind besuchen soll“. (Übergreifende Schulordnung § 12 Abs. 2)

Zu Frage 6:

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) hat am 21. August 2009 in einem ausführlichen Gespräch mit Vertretern der Stadt Pirmasens die Schulsituation erörtert. Dabei wurde auch auf die bestehenden sechs schulischen Angebote verwiesen, die in Pirmasens und unmittelbarer Umgebung zur allgemeinen Hochschulreife führen: Drei Gymnasien – eines davon altsprachlich –, zwei berufliche Gymnasien und die Integrierte Gesamtschule in Thaleischweiler-Fröschen. Deshalb hält die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion das schulische Bedürfnis für eine Integrierte Gesamtschule mit Oberstufe nicht für gegeben. Um Eltern sowie Schülerinnen und Schülern in Pirmasens und Umgebung ein ausgewogenes Angebot an Schularten und Schulformen zu bieten, hat die ADD in diesem Gespräch auch vorgeschlagen, neben einer Kooperativen Realschule auch eine Integrative Realschule zu errichten.

In Vertretung:
Vera Reiß
Staatssekretärin